

Welche Kritik am Rassismus der bürgerlichen Medien üben?

«Die Revolution flennt nicht um eine Legalität, die sie nicht haben kann»¹

Anmerkungen zum Verhältnis von Liberalismus, Imperialismus und Kritik



«*Rerum cognoscere causas* - Den Grund der Dinge erkennen». Dies ist das Motto des Tagesspiegel.

Auch wir müssen *genauer und radikaler* werden, wenn wir Grund und Inhalt der Berichterstattung des Tagesspiegel erkennen wollen. Nur eine *genaue Kritik* kann verhindern, daß wir den herrschenden Ideologien in die Falle gehen:

Daß der Tagesspiegel das staatliche Gewaltmonopol verteidigt, ist *kein Verrat*, sondern eine *Verteidigung* des Liberalismus. Ein Staat - und sei er noch so liberal -, der sein Gewaltmonopol aufgibt, würde sich selbst aufgeben. Deshalb kann Widerstand - der sich nicht auf Protest beschränkt -² *nicht legal* sein; und er muß deshalb auch von der liberalen Presse angegriffen werden.

Hat der Tagesspiegel den Liberalismus verraten?

«Die ganze Theorie dieser Schule [der humanitären Schule, d. Verf.In] besteht in endlosen Unterscheidungen zwischen Theorie und Praxis, zwischen den Prinzipien und den Resultaten, zwischen der Idee und der Anwendung, zwischen dem Inhalt und der Form, zwischen dem Wesen und der Wirklichkeit, zwischen dem Recht und der Tatsache, zwischen der guten und der schlechten Seite. [...]. Die Philanthropen wollen also die Kategorien erhalten, welche der Ausdruck der bürgerlichen Verhältnisse sind, ohne den Widerspruch, der ihr Wesen ausmacht und der von ihnen unzertrennlich ist. Sie bilden sich ein, ernsthaft die bürgerliche Praxis zu bekämpfen, und sie sind mehr Bourgeois als die anderen.»

Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, in: MEW 4, 142, 143

In dem Aufruf zur Kundgebung «Gegen rassistische Hetze in den Medien» am 18.3. vor dem Tagesspiegel hieß es: «Der 'Tagesspiegel' nimmt für sich in Anspruch eine liberale Zeitung zu sein. Doch wie sich am Kommentar vom 18.02. nachweisen läßt, unterscheidet er sich inhaltlich nur wenig von den Hetzblättern der Boulevardpresse.»

Damit wird *nahegelegt*, der Tagesspiegel habe seinen bürgerlich-liberalen Anspruch verraten und sei ins konservativ-reaktionäre Lager abgerutscht; ja greife - wie weiter unten fälschlicherweise (s. dazu FN 13) behauptet wird - «offen [...] auf einen nazistischen Sprachgebrauch zurück».

Wird jene 'Nahelegung' akzeptiert, so sagt dies weniger über den Tagesspiegel aus, als über die Illusionen, die

Gegen rassistische Hetze - aber für was? Für den Liberalismus?!

Diese Frage wirft der Aufruf zu einer Kundgebung, die am 18.03.1999 in Berlin stattfand, auf. Die Kundgebung wandte sich gegen die rassistische Medienberichterstattung aus Anlaß kurdischer Proteste gegen die Entführung des PKK-Vorsitzenden Öcalan. Die Kundgebung fand vor den Räumlichkeiten des bürgerlichen Tagesspiegel statt.

In dem Kundgebungsaufruf hieß es u.a.: «Wir wenden uns gegen die Berichterstattung und die Kommentare des Tagesspiegel in Zusammenhang mit den Protesten von Kurdinnen und Kurden. [...] Der 'Tagesspiegel' nimmt für sich in Anspruch eine liberale Zeitung zu sein. Doch [...] unterscheidet er sich inhaltlich nur wenig von den Hetzblättern der Boulevardpresse. [...] Offen greift der Tagesspiegel auf einen deutlich nazistischen Sprachgebrauch zurück.»

Der folgende Text vertritt demgegenüber zwei Thesen:

1. Der Tagesspiegel ist seinem liberalen Anspruch durchaus gerecht geworden und weist in seiner Berichterstattung deutliche Differenzen zur Berichterstattung der Boulevardpresse auf.

2. Es ist keineswegs ausreichend nur rassistische *Hetze* und den *vermeintlichen* Verrat des Tagesspiegel am Liberalismus zu kritisieren. Vielmehr **sind durchaus auch der seriöse Rassismus und der tatsächliche Liberalismus des Tagesspiegel kritisierenswert.**



diejenigen, die diese Nahelegung aufgreifen, in den Liberalismus setzen. Denn der Tagesspiegel ist in seiner Berichterstattung über die kurdischen Proteste gegen die Entführung des PKK-Vorsitzenden seiner Aufgabe als *liberaler Verteidiger* der herrschenden Ordnung in hervorragender Weise gerecht geworden. *Wo andere mit dem Schwert zuschlagen, sticht der Tagesspiegel mit dem Florett.*

Es ist nicht notwendig (und nicht revolutionär), dem Tagesspiegel reaktionäre Positionen zu *unterstellen*, die er nicht vertreten hat, um ihn zu kritisieren.^{2a} Denn RevolutionärInnen können (anders als Liberale) den Tagesspiegel für die Positionen kritisieren, die er *tatsächlich* vertreten hat. Denn RevolutionärInnen wünschen sich nicht einen «fein säuberlichen, geschniegelten, gemäßigten und akkuraten» Metropolen-Imperialismus, sondern sie kämpfen gegen *jeden* Imperialismus, auch den liberalen.³

Liberalismus heißt nicht Verzicht auf Repression

Der Tagesspiegel muß *keine* Bürgerkriegsszenarien entwerfen, um den Einsatz der Staatsgewalt zu rechtfertigen.

Er *zitiert* die Bürgerkriegsszenarien von Fernsehen und Boulevardpresse, aber er macht sie sich (anders als es im Aufruf heißt) *nicht* zu eigen.⁴ Vielmehr setzt der Tagesspiegel nach dem im Aufruf angeführten Zitat wie folgt fort: «Man mag sich in ein paar Tagen trotz der Dramatik und der Toten besinnen, daß es noch vieles anderes gibt, *das uns von einem Bürgerkriegsland unterscheidet*».

«[...] *Liberalismus und Rechtsstaatlichkeit [schließen] polizeiliche Härte und staatliche Stärke nicht aus [...], sondern [sind] auf sie angewiesen*».

TSP, 21.2., S. 1 K

det.»⁵ Und *trotzdem* fordert der Tagesspiegel: «wie zuvor wird es nicht weitergehen.»

Das heißt: Der Tagesspiegel analysiert die Lage *genauer* als viele andere Medien, und gerade deshalb kann er nach *effektiveren* (s. dazu unten) Repressionsmaßnahmen rufen.

Liberalismus heißt: Repression nach Recht und Gesetz

Der Tagesspiegel verrät dabei seine liberale Ideologie *nicht*. Er spricht das, was im herrschenden Sprachgebrauch ‘Menschenrechtsverletzungen’ im «Südosten der Türkei» genannt wird, an. Und er kritisiert, daß diese ‘Menschenrechtsverletzungen’ - aus Rücksicht auf einen «*Bündnispartner*» - «bewußt ignoriert» werden.⁶ Der Tagesspiegel bezeichnet die Türkei eurozentristisch als «*Schwellenland*» in Sachen ‘*Rechtsstaatlichkeit*’. Und er *verteidigt* die Demonstrationsfreiheit und das Verbot von Abschiebungen in Folterstaaten.⁷

Aber - und genau darin erweist sich der Tagesspiegel als *liberal* -:

Die Ausübung des Demonstrationsrechts koppelt der Tagesspiegel seinerseits an die Einhaltung der rechtsstaatlichen Grenzen.

Dies ist liberal:

‘Demonstriert ruhig friedlich gegen Menschenrechtsverletzungen, aber randaliert nicht, das heißt: begeht keinen Hausfriedensbruch, greift keine türkischen Nationalisten und deutschen Polizisten an.’⁸

‘Redet viel, aber laßt den Worten keine Taten folgen.’⁹

‘Bleibt beim Protest, aber geht nicht zum Widerstand über - sonst bekommt ihr das staatliche Gewaltmonopol zu spüren’:

«Die beste Erklärung kann den Terror der PKK nicht entschuldigen; die Bemühung um Frieden in der Türkei ersetzt nicht den höchstmöglichen Einsatz für die Innere Sicherheit in Deutschland.» (TSP, 18.02., S. 1 K).

Das heißt:

‘Schiebt Randalierer zwar nicht in die Türkei ab, aber steckt sie hier in den Knast.’¹⁰

Vier einfache Beispiele: Was der Tagesspiegel tatsächlich geschrieben hat

Kundgebungs-Aufruf: «Der ‘Tagesspiegel’ sah in seinem Kommentar vom 18.02.1999 ‘unser Land’ gar in einem ‘Bürgerkrieg’ verwickelt.»

Der Tagesspiegel: «Man mag sich in ein paar Tagen trotz der Dramatik und der Toten besinnen, daß es noch vieles anderes gibt, *das uns von einem Bürgerkriegsland unterscheidet*.»

Aufruf: «Es wird nicht die Folter und Verfolgung in der Türkei angegriffen, sondern bedauert, daß es ‘dem Kurden’ im Einzelfall gelingt, sich auf diese allgemein bekannte Tatsache zu berufen, um hierbleiben zu können.»

TSP: «Die Türkei hat ein anderes Verständnis vom Rechtsstaat und dem Umgang mit Minderheiten; sie ist auch in dieser Hinsicht ein Schwellenland. In Deutschland gilt die Demonstrationsfreiheit, und sie wird aus guten, historischen Gründen verteidigt.» «Tatsächlich wird hierzulande bewußt ignoriert, wie im Südosten der Türkei die Menschenrechte mit Füßen getreten und mit Knüppeln geschlagen werden, weil man sich nicht traut einen Bündnispartner weiter zu reizen.»

Aufruf: «Mit Enttäuschung stellt der Tagesspiegel in seiner Ausgabe vom 19.02. fest: ‘Schon weil kaum einem Demonstranten eine Straftat (...) konkret nachgewiesen werden kann, hat sich auch die Wunderwaffe Abschiebung als eher stumpf erwiesen.’»

TSP: «Abschiebung *keine* Wunderwaffe. Im Gegensatz zu Politikern rufen Sicherheitsexperten nicht laut nach hartem Durchgreifen.»

Aufruf: «Diese medial hergestellte Bedrohung schafft dann das öffentliche Klima, in dem Gesetzesverschärfungen gegen alle Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten gefordert werden können.»

TSP: «Auch aus einem anderen Grund rufen die Sicherheitsexperten keineswegs lautstark nach hartem Durchgreifen: Verfassungsschützer sehen Anzeichen dafür, daß in der politisch wie militärisch geschwächten PKK die besonneneren ‘Tauben’ gegenüber den ‘Falken’ die Oberhand gewinnen können.»

Aufruf: «Kein Wort davon, daß es die israelischen Sicherheitsbeamten waren, die Schüsse in eine abgeben und - bis zu jenem Tag - drei Menschen getötet [...] hatten.»

TSP: «Israelis erschießen drei PKK-Sympathisanten.»

Das schöne Gesicht des Liberalismus

Es mag noch verständlich sein, daraus, daß der Tagesspiegel in seiner Berichterstattung auch das 'häßliche Gesicht' des Liberalismus (die Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols) gezeigt hat, zu schlußfolgern, der Tagesspiegel habe den Liberalismus verraten. Denn dies entspricht den üblichen Illusionen in den Liberalismus.

Weit weniger verständlich ist aber, daß der Kundgebungsaufwurf 'übersieht', daß der Tagesspiegel auch in seiner Berichterstattung aus Anlaß der Öcalan-Entführung ebenfalls das 'schöne Gesicht' des Liberalismus (Verteidigung der rechtsstaatlichen Begrenzung des Einsatzes des staatlichen Gewaltmonopols) gezeigt hat.

Am ersten Tag berichtet der Tagesspiegel (17.02., S. 1 B) u.a. unter der wahrheitsgemäßen Überschrift «Gewaltsame Kurdenproteste in ganz Europa». In der gleichen Überschrift bezeichnet der TSP den Anlaß der Proteste als 'Verschleppung' («Separatistenführer mit Privatflugzeug aus Kenia verschleppt») und - in Anspielung auf das französische Wort für Staatsstreich (*coup d'Etat*) - als «Türkische[n] Coup». Außerdem berichtet der TSP (immer noch in der Überschrift) über Forderungen «Europäische[r] Politiker» nach einem «faire[n] Verfahren» gegen Öcalan. Dazu veröffentlicht er ein Foto einer nicht-militanten kurdischen Protestaktion sowie einen türkei-kritischen Kommentar unter dem Titel «Ankara triumphiert, doch wie lange?». Auf S. 2 B der gleichen Ausgabe bringt er außerdem unter der Überschrift «Charismatischer Rebellenchef» u.a. noch ein kurzes Öcalans-Portrait. In der Ausgabe vom 18.02. druckt der TSP auf S. 2 B u.a. einen fast halb-seitigen Bericht «Kaum Aussichten auf faires Verfahren gegen Öcalan». Daneben veröffentlicht er ein Portrait einer Öcalan-Anwältin unter der Überschrift «Das Herz schlägt links».

Auf S. 12 der gleichen Ausgabe berichtet der Tagesspiegel unter dem Titel «Linke Gruppen planen Aktionen. Großes Polizeiaufgebot am Abend rund um den Mehringhof». Im Text heißt es u.a.: «Die linken Gruppen wollten am späten Abend die Vorführung eines türkischen Beitrags bei der Berlinale in der Urania stören und als politische Plattform nutzen. [...] Die PKK-Vertreter erhoben bei der Veranstaltung schwere Vorwürfe gegen die Berliner Polizei.» Der Artikel endet mit folgender Sympathie-Werbung: «Viele links denkende Menschen, die in den Mehringhof gekommen waren, zeigten sich geschockt von den Toten im israelischen Generalkonsulat. 'Ich werde auf die Straße gehen, weil ich meine Trauer zeigen möchte und darauf hinweisen will, daß die Bundesregierung den türkischen Staat mit Waffen beliefert', faßte eine Frau die Stimmung zusammen.»

Am nächsten Tag berichtet der Tagesspiegel auf der Titelseite zwar unter einer Überschrift, die in der Tat eine Tendenz zur Schuldumkehr beinhaltet («Blutiges Ende des PKK-Überfalls löst heftige Kritik in Israel aus»). Auf S. 2 veröffentlicht er das Foto einer friedlich auf der Straße sitzende Menge von KurdInnen, die von der Polizei umkreist ist; dazu die Bildunterschrift: «Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst».

S. 8 enthält einen Kommentar, der die Schlagzeile auf S. 1 deutlich relativiert. Dort heißt es: «Ein konspirativer Mantel des Schweigens hängt über den Todeschüssen. Es kann aber nicht sein, daß diese Schüsse hier stillschweigend hingenommen werden. Fast alles spricht dafür, daß es Notwehr oder Nothilfe war. Aber vieles spricht wegen der Vielzahl der Schüsse auch für Exzeß. [...] Bei Leichen ist Klärung, nicht Diplomatie gefragt.»

Auf S. 10 B der gleichen Ausgabe vom 19.02. schreibt der Tagesspiegel unter der Überschrift «Polizei verhinderte Versammlungen» über die Demonstrationsverbote vom Vortage. Dort heißt es in einem Tonfall der jedenfalls nicht die DemonstrantInnen angreift: «Die Polizei gab per Lautsprecher bekannt, daß 'heute stadtweit alle Demonstrationen untersagt' seien. Die Aufforderung den Platz zu räumen, wurde nach einer halbe Stunde befolgt. Bis dahin beschränkten sich die Demonstranten auf Sprechhöre, in denen sie sich mit dem PKK-Chef Öcalan solidarisierten. Polizisten umringten die Teilnehmer, griffen aber nicht ein.» In der darauffolgenden Ausgabe (20.02., S. 2) bringt der TSP ein Interview mit dem außenpolitischen Kanzlerberater, Michael Steinert, «über PKK-Chef Öcalan, die Rolle Rußlands in Europa und den Kosovo-Konflikt». Aus den vielfältigen Interview-Äußerungen Steinerts wählt der TSP als Überschrift aus: «Es darf keine politischen Prozesse geben».

Auf der Meinungsseite (S. 8) veröffentlicht der Tagesspiegel einen Kommentar, der die «markigen Sprüche» der letzten Tage von Schily u.a. kritisiert. In der Unterüberschrift fragt er rhetorisch-polemisch: «Die ganze Härte des Gesetzes soll jetzt PKK-Straftäter treffen. Was traf sie bislang?». Der Text gibt die (zutreffende) Antwort: «Schon bisher hielten die bundesdeutschen Gesetze «harte Strafen bereit»

Auf S. 9 (erste Seite des Berlin-Teils) berichtet der TSP kritisch über die (Informations)politik der deutschen und israelischen Sicherheitsbehörden: «Israelische Sicherheitsbeamte heimlich ausgeflogen» (Überschrift); «Nachrichtensperre bei deutschen Behörden» (Unterüberschrift).

Am 21.02. berichtet der TSP an gleicher Stelle ausführlich unter dem Titel: «Straßensperren und Durchsuchungen: Polizei geht gegen PKK vor». In dem im Tonfall eher polizei-kritisch gehaltenen Bericht heißt es: «In der Innenstadt besetzten (!) gestern Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS) einige Straßenkreuzungen und U-Bahnhöfe. Menschen mit dunkler Haut oder Haarfarbe, die vom Aussehen kurdischer Herkunft sein konnten (!), wurden im Auto, auf Bahnsteigen und an Bahnhofstoren angehalten, überprüft und nach Waffen durchsucht. [...] Überall patroullierten im Einkaufsrummel mit Schlagstock und Schutzkleidung ausgestattete Polizeitrupps und hielten jeden (!) an, der ihr Mißtrauen erregte (!). [...] Festnahmen gab es keine, auch Waffen oder andere gefährliche Gegenstände wurden offenbar kaum beschlagnahmt.»

Am 22.02. berichtet der TSP (wiederum auf der ersten Seite des Berlin-Teils) u.a. über eine Pressekonferenz von RechtsanwältInnen von KurdInnen und der Vorbereitungsgruppe der Breitscheid-Platz-Kundgebung. Im Text heißt es: «Die Veranstaltergruppe der nunmehr zweiten verbotenen Demonstration sagte am Sonntag vor der Presse, während sich in anderen deutschen Städten tausende Menschen versammelten, sei das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in Berlin 'seit Tagen' außer Kraft gesetzt. [...] Am Wochenende hatte die Polizei überall in der Stadt Kontrolle erichtet.»

Die gleiche Seite enthält einen O-Ton-Kasten: «'Mit Schüssen hat niemand gerechnet.' Ein junger Kurde berichtet über die Ereignisse vor dem Konsulat.»

Eine revolutionäre Zeitung würde sicherlich anders berichten; und wohl selbst eine links-reformistische Zeitung, die den neuen oder alten sozialen Bewegungen nähersteht als der bürgerliche Tagesspiegel; - aber ein Verrat am Liberalismus läßt sich dem Tagesspiegel hiernach sicherlich nicht vorwerfen.

1 Denn sie (die Legalität der Revolution) bestünde «in der - faktisch unmöglichen - Vorwegnahme der Legalität des kommenden Systems» (Helmut Ridder, *Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung*, in: Axel Azzola et al., *Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, Band 2, Luchterhand: Darmstadt / Neuwied, 1984, S. 1494, 1487).



2 Vgl. dazu: «Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht. [...] So ähnlich - nicht wörtlich - konnte man es von einem Schwarzen der Black-Power-Bewegung auf der Vietnam-Konferenz im Februar [1968] in Berlin hören.» (Ulrike Meinhof, *Vom Protest zum Widerstand*, in: dies., *Die Würde des Menschen ist antastbar*, Wagenbach: [West]berlin, 1988, S. 138).

2a Vgl. dazu: «Wer die kapitalistischen Gesellschaften» - lies: die bürgerlichen Medien - «schwärzer macht, als sie sind - meistens um sich und andere zu agitieren -, macht sie dadurch stärker. Die 'Stärken', denen er [der Kapitalismus] - lies: der bürgerliche Medienbetrieb - «seine Massenloyalität verdankt, müssen mithematisiert werden, weil sie sonst gegen uns - die Kritiker - funktionieren.» (Michael Stamm, «Das Dumme bei Euch ist, daß Ihr Haltungen 'belohnt', die absolut substanzlos sein können, wenn sie Euch in Euren gedankenlosen Wünschen entgegen kommen.», in: *PROWO*, Nr. 8, 23.11.1990, S. 8).

3 «Die Kautskyaner [...] führen diese Erscheinungen eines 'gesunden', 'friedlichen', auf 'friedlichen Verkehr' beruhenden Kapitalismus an und stellen sie der finanziellen Ausplünderung, den Bankmonopolen, den Geschäften der Banken mit der Staatsmacht, der kolonialen Unterdrückung etc. entgegen, stellen sie als das Normale dem Unnormalen, das Wünschenswerte dem Unerwünschten, das Fortschrittliche dem Reaktionsären, das Grundlegende dem Zufälligen etc. entgegen. Das ist [...] [s]pielfürbürgerlicher Reformismus: für einen fein säuberlichen, geschneiderten, gemäßigten und akkuraten Kapitalismus.» (☛ 39, 97 - Bemerkungen über K. Kautsky; Hervorh. i.O.).

4 In dem Aufruf heißt es: «Der 'Tagesspiegel' sah in seinem Kommentar vom 18.02.1999 'unser Land' gar in einem 'Bürgerkrieg' verwickelt. [...] Die LeserInnen werden durch den ersten Absatz dieses Artikel auf das Bedrohungszenario eingestimmt.» Danach wird u.a. folgender Satz aus dem Kommentar auf S. 1 des Tagesspiegels vom 18.2. zitiert: «Innerhalb weniger Stunden verwandelt sich ein friedliches Land in den Schauplatz eines Bürgerkrieges.»

5 Es ist schließlich auch allenfalls die halbe Wahrheit, wenn in dem Aufruf des weiteren behauptet wird: «Ohne es direkt auszusprechen, wird in dem Kommentar der Eindruck erweckt, daß es die Konsultatsbesitzerinnen und -besitzer gewesen seien, die geschossen und Menschen getötet haben. Kein Wort davon, daß es die israelischen Sicherheitsbeamten waren, die Schüsse in eine Menschenmenge abgegeben und - bis zu jenem Tag - drei Menschen getötet [...] hatten.» Zwar heißt es im ersten Absatz des Kommentares in der Tat unbestimmt: «In der Hauptstadt wird geschossen.» Selbst wenn man frau/lesbe die hiesige Lesart, daß sich der Tagesspiegel von dem Szenario, was er im ersten Absatz skizziert, absetzt, nicht teilt, so ist jedenfalls zu berücksichtigen, daß der nebenstehende *Aufmacher* des Tagesspiegel mit der großen Überschrift «Israelis erschießen drei PKK-Sympathisanten» versehen war.

6 «Tatsächlich wird hierzulande bewußt ignoriert, wie im Südosten der Türkei die Menschenrechte mit Füßen getreten und mit Knütteln geschlagen werden, weil man sich nicht traut, einen Bündnispartner weiter zu reizen.» (TSP, 18.3., S. 1 K).

7 «Die Türkei hat ein anderes Verständnis vom Rechtsstaat und dem Umgang mit Minderheiten; sie ist auch in dieser Hinsicht ein Schwellenland. In Deutschland gilt die Demonstrationsfreiheit, und sie wird aus guten, historischen Gründen verteidigt.» (TSP, 18.3., S. 1 K; zu den Abschiebungen vgl. sogleich FN 8 und 11).

8 «Innenminister Schily hat Härte versprochen und angekündigt Straftäter auszuweisen. Genau an diesem Punkt greift die Union die Regierung an: Wer einen deutschen Paß besitzt, kann nicht ausgewiesen werden; also sei es von Übel, das Staatsbürgerschaftsrecht aufzuweichen. Aber am eigentlichen Problem geht dieser Streit vorbei. Es ist nicht so wichtig, welchen Aufenthaltsstatus Randalierer haben, sondern wie gegen sie vorgegangen wird. Die Innenminister müssen [...] beginnen zu handeln.» (TSP, 18.3., S. 1 K). D.h.: Gegen «Randalierer» sollen die Strafverfolgungsbehörden, falls jene die BRD-Staatsbürgerschaft haben (oder falls ihnen in der Türkei Folter droht, s. dazu sogleich FN 11), hier vorgehen. Die Doppelte Staatsbürgerschaft wird also vom Tagesspiegel - anders als der Aufruf behauptet - gerade nicht «als nicht hinnehmbarer Abschiebeschutz diffamiert.»



‘Bemüht Euch um Frieden in der Türkei, d.h.: exportiert das liberale Menschenrecht.’

Liberalismus heißt, den Preis zu zahlen, der zur Aufrechterhaltung des status quo in den imperialistischen Zentren notwendig ist

Es ist nicht wahr, wenn in dem Aufruf über die Tagesspiegel-Ausgaben vom 18. und 19.3. behauptet wird:

«Es wird nicht die Folter und Verfolgung in der Türkei angegriffen, sondern bedauert, daß es ‘dem Kurden’ im Ein-

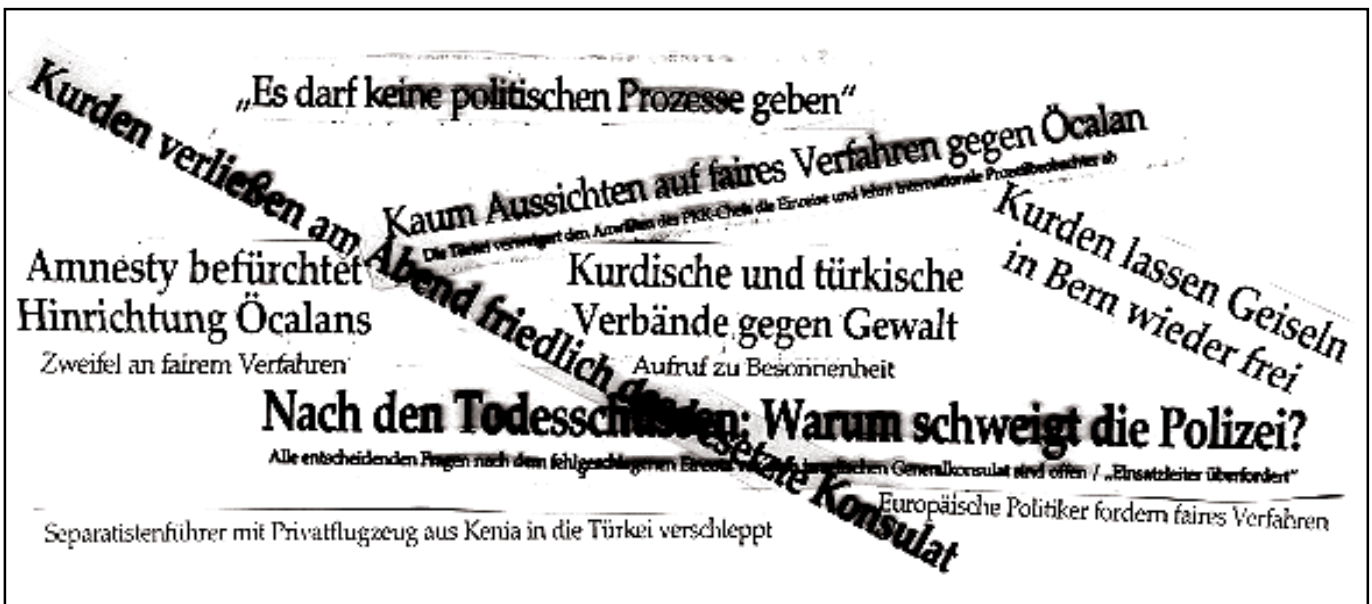
zelfall gelingt, sich auf diese allgemein bekannte Tatsache zu berufen, um hierbleiben zu können.»

Wahr ist vielmehr, daß der Tagesspiegel die Folter und Verfolgung in der Türkei (wenn auch vielleicht nicht «angegriffen», so doch) *kritisiert hat* (s. das Zitat in FN 6). Und denjenigen, die lauthals nach Abschiebungen rufen, hält er entgegen, daß die «rechtsstaatliche Behandlung Abgeschobener» in Türkei nicht gesichert ist. (Während Schily die Kantherschen Abschiebeverträge mit der Türkei ausbauen will, weist der Tagesspiegel darauf hin, daß diese *keinen* wirksamen Schutz gegen das Foltern Abgeschobener bieten.)¹¹

Liberalismus heißt nicht nach hartem Durchgreifen RUFEN, sondern gezieltes Durchgreifen PRAKTIZIEREN

Darin erweist der Tagesspiegel im übrigen auch seine Distanz zur Boulevardpresse: Daß er Dinge verteidigt, die «kaum zu verstehen» (TSP, 18.2., S. 1 K), aber doch im Sinne des metropolitanen Liberalismus/Imperialismus sind:

“[...] der Rechtsstaat [ist] in der Wahl seiner Mittel nicht frei [...] - deshalb ist er Rechtsstaat. Er kann - um von den Kurden zu sprechen - nicht unbeschwert



Reaktionär oder liberal? - Tagesspiegel-Schlagzeile vom 17. - 19.02.1999

Wer/welche den Staat als «unberechenbare[n] Moloch» darstellt, der «alle» bedroht, «fixiert sich auf die Technik des Polizeiapparates und lenkt damit von den politischen Interessen, die ihn leiten, und vor allem von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der die Polizei ordnend, befriedend und einschüchternd tätig werden soll, ab.»

Oliver Tolmein

Der Tagesspiegel macht dies freilich *nicht* - und auch darin erweist er sich als *liberal* -, weil er *Sympathien für die PKK* (oder gar revolutionäre Positionen) hätte, sondern weil sich die Menschenrechte in den imperialistischen Metropolen «aus guten, historischen Gründen» bewährt haben.

Dafür, so stellt der Tagesspiegel *nüchtern* - und *nicht* etwa «mit Enttäuschung» (so aber der Kundgebungsaufruf¹²) - fest, lohnt es sich den Preis zu zahlen, daß der «Staat [...] manchmal [...] lächerlich» aussieht (TSP, 18.2., S. 1 K), und daß Abschiebungen nicht so einfach möglich sind, wie sich das diejenigen wünschen, die mit ihrem «Zorn Volkes Stimme Ausdruck verlei[en]» (TSP, 19.2., S. 2 B).

abschieben. Auch ist Taktik in gefährlichen Auseinandersetzungen erlaubt, ja geboten: Niemandem wäre gedient, wenn Demonstrationen durch den Polizeieinsatz eskalieren, auch wenn dieser der Durchsetzung des Rechts dient, etwa dem Einziehen einer - verbotenen - PKK-Fahne.” (TSP, 21.2., S. 1 K).

Wo *andere* heiß an «Wunderwaffen»¹³ glauben, weiß der Tagesspiegel um die kalte Effektivität der *Praxis* der Sicherheitsapparate:¹⁴ «Im Gegensatz zu Politikern rufen Sicherheitsexperten *nicht* nach hartem Durchgreifen».¹⁵ **Das Florett soll leise, nicht das Schwert mit Getöse soll zum Einsatz kommen.**

Deshalb hetzt der Tagesspiegel

Noch deutlicher äußert sich der Tagesspiegel in einem Meinungsbeitrag vom 20.02., S. 8: «Wer straffällig wird, durch Landfriedensbruch oder Gewaltat, für den halten unsere Gesetze harte Strafen bereit. Gefährden die



Täter die öffentliche Sicherheit und kommen aus Rechtsstaaten, so werden sie abgeschoben. Erwartet sie indes Folter und Tod, kommen sie hierzulande hinter Schloß und Riegel.»

9 Zu Zeiten als der Marxismus noch mehr in Mode war schrieb Mao (AW, Bd. II, S. 29 - Gegen den Liberalismus): «Liberaler [...] erklären sich zwar für den Marxismus, sind aber nicht bereit, ihn in die Praxis umzusetzen [...]: Sie führen den Marxismus im Munde, handeln aber im Sinne des Liberalismus. [...] Sie führen beide Sorten von Waren, und jede hat ihren eigenen Verwendungszweck.» -

Auch wenn Liberale heute nicht mehr den Marxismus im Munde führen, so es doch nach wie vor ähnlich: Sie kritisieren das 'Schwellenland Türkei' ('Marxismus in Worten'), um die Zustände in den 'entwickelten' Metropolen zu rechtfertigen ('Liberalismus in den Taten').

10 S. FN 8.

11 «Der Vollzug einer Abschiebung scheitert schließlich in vielen Fällen daran, daß der Kurde glaubhaft machen kann, daß ihm in der Türkei Folter oder gar die Todesstrafe drohen. Daran hat auch eine Abmachung zwischen dem damaligen Innenminister Kanther (CDU) und der Türkei 1995 wenig geändert, in der die Führung in Ankara rechtsstaatliche Behandlung Abgeschobener zusagte. [...] 1998 durfte erstmals ein Kurde nach Deutschland zurück, weil er doch gefoltert worden war.» (TSP, 19.3., S. 2 B).

12 Dort heißt es: «Mit Enttäuschung stellt der Tagesspiegel in seiner Ausgabe vom 19.02. fest: 'Schon weil kaum einem Demonstranten eine Straftat (...) konkret nachgewiesen werden kann, hat sich auch die Wunderwaffe Abschiebung als eher stumpf erwiesen.'» Aus dem Kontext des im Aufruf zitierten TSP-Satzes (s. unten FN 14) ergibt sich, daß der TSP diese Feststellung *nicht mit Bedauern trifft, sondern um den Fanatismus von hardliner-PolitikerInnen zu kritisieren.*

13 Damit, daß der Tagesspiegel das Wort «Wunderwaffe» verwendet, läßt sich *nicht* der Vorwurf begründen: «Offen greift der Tagesspiegel auf einen deutlich nazistischen Sprachgebrauch zurück.» Denn *erstens* legt der Tagesspiegel die nazistische Herkunft des Begriffes gerade *nicht offen*. Und *zweitens* - und vor allem - führt der Tagesspiegel den Begriff gerade ein, um den *Fanatismus*, mit dem hardliner-PolitikerInnen nach vermehrten Abschiebungen rufen, zu *diskreditieren*. - Dagegen läßt sich nicht einwenden, daß der Tagesspiegel den Begriff nicht in Anführungszeichen setzte. Denn er ist gerade *kein* wörtliches Zitat von jenen HardlinerInnen, sondern spitzt deren Argumentationsweise polemisch-diskreditierend zu.

Der Vorwurf des nazistischen Sprachgebrauchs kann schließlich auch nicht daran festgemacht werden, daß der Tagesspiegel die Formulierung «der Kurde» verwendet. Denn *erstens* ist schon fraglich, ob der Tagesspiegel den Begriff an der fraglichen Stelle überhaupt als kollektiven Singular verwendet. [Denn der bestimmte Artikel «der» bezieht dort auf «*ein(en)*» (unbestimmter Artikel!) zuvor beispielsweise eingeführten «Demonstranten» bzw. «Ausländer». Richtig ist allerdings, daß es angemessener gewesen wäre, wenn der Tagesspiegel im unbestimmten Plural von Kurden (und Kurdinnen) gesprochen hätte.]. *Zweitens* ist die Verwendung eines *kollektiven Singulars* - wegen der darin liegenden un begründeten Verallgemeinerung - zwar kritisierenswert, aber *keine Erfindung der Nazis* (auch wenn diese grammatische Form für deren stigmatisierende Propaganda sehr nützlich war). Bspw. wird die Form des kollektiven Singular im *-1848 geschriebenen* und des Nazismus gänzlich unverdächtigen - Kommunistischen Manifestes gleich im zweiten Satz des ersten Abschnittes («Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener [...] führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, [...]») [MEW 4, 462]) und danach noch mehrfach (S. 469: der Arbeiter, der Fabrikant, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher, S. 472: der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer etc.) zur Dramatisierung verwandt.

14 «Abschiebung *keine* Wunderwaffe. Im Gegensatz zu Politikern rufen Sicherheitsexperten nicht laut nach hartem Durchgreifen. [...] - der Ruf nach Härte und konsequentem Durchgreifen hat parteiübergreifend Konjunktur. Aber so leicht sich derlei fordern läßt, so schwierig ist es in der *Praxis* zu bewerkstelligen.» (TSP, 19.2., S. 2 B). Der Tagesspiegel stellt hier die nüchterne, als unideologisch gedachte *Praxis* der Sicherheitsexperten, dem Wunderwaffen-Glauben ideologischer *Politiker* gegenüber und *zieht dabei die nüchterne Praxis dem ideologisierten Glauben vor*.

15 *Insofern* fordert der Tagesspiegel (anders als der Aufruf behauptet) durchaus *kein* «verschärftes Konzept 'In-



durchaus *nicht* gegen «*alle*»¹⁶ Flüchtlinge und MigrantInnen (so aber der Kundgebungsaufwurf¹⁷).

Der Tagesspiegel hetzt *nicht einmal* gegen alle KurdInnen; ja *nicht einmal* gegen alle PKK-Mitglieder.¹⁸

Liberalismus heißt nicht Abschaffung von Herrschaft, sondern 'Teile und Herrsche'

Vielmehr setzt der Tagesspiegel, der seine lateinischen Spruchweisheiten kennt, auf eine Strategie des *divide et impera* - Teile und Herrsche:

«Auch aus einem anderen Grund rufen die Sicherheitsexperten keineswegs lautstark nach hartem Durchgreifen: Verfassungsschützer sehen Anzeichen dafür, daß in der politisch wie militärisch geschwächten PKK die besonneneren 'Tauben' gegenüber den 'Falken' die Oberhand gewinnen können.» (TSP, 19.2., S. 2 B).¹⁹

Integriere die Tauben und isoliere die Falken - eine imperialistische Strategie, die in den letzten Jahren wunderbar gegen den bundesdeutschen Widerstand funktioniert hat.²⁰ Ein weiteres Exportprodukt, das dem 'Schwellenland Türkei' angeboten wird: Die Türkei solle die 'Verhaftung Öcalans' zu einer 'Wende in ihrer Kurdistan-Politik' nutzen.^{20a}

Der Liberalismus verschweigt die Wahrheit nicht, sondern er lebt mit ihr (NIMMT sie HIN)

Der Tagesspiegel führt seinen LeserInnen nicht (wie es in dem Aufruf heißt) vor Augen: «Die Deutschen haben mit dem Elend der Welt, mit den Kriegen, mit Hunger und

'Die Legende von der Autonomie der Subjekte ist konstitutiv für den Liberalismus. Nach dessen Konzeption des Gesellschaftsvertrages willigen die Individuen freiwillig (autonom) ein, regiert zu werden.'

Judith Butler

Folter nichts zu tun, sie sind unschuldig und haben das Recht mit der ganzen Härte der jetzigen und aller kommenden Gesetze gegen die Protestierenden vorzugehen.»

Der Tagesspiegel sagt vielmehr: Die BRD ist «Bündnispartner», d.h. unterstützt die Türkei, in der «die Menschenrechte mit Füßen getreten und mit Knüppeln geschlagen werden»; aber *hier* - anders als im «Schwellenland» Türkei - geht alles nach (Menschen)recht und Gesetz vor sich, und deshalb muß sich (hier) auch Protest im Rahmen von Recht und Gesetz bewegen.

Menschenrechte - das Konzept des liberalen Metropolen-Imperialismus

Machen wir uns also keine Illusionen über den Liberalismus: Liberalismus heißt *nicht* den Imperialismus *angreifen*, sondern *Frieden* mit dem imperialistischen *status quo*!²¹ «[...] es gibt stichhaltige Gründe für die Annahme, daß der brutale Riß zwischen Anspruch und Realität der Menschenrechtsidee über einen Zeitraum von inzwischen mehr als zweihundert Jahren nicht der unvollständigen Konzeption, der miserablen Umsetzung oder allein dem verbrecherischen Charakter der herrschenden Klasse geschuldet ist. Denn dieser Riß ist systematisch in jener Logik angelegt, die dem Menschenrechtskonzept zugrundeliegt. Diese Logik einer gründlichen Kritik unterzogen zu haben, ist vor allem das Verdienst feministischer Beschäftigung mit dem Thema.»²²

Die feministische Kritik konnte zeigen, daß das (Menschen)Rechtssubjekt als «jenseits von Geschichte und Gesellschaft» existierend konzipiert ist. «Diese Illusion der ursprünglichen Autonomie negiert die real existierenden materiellen, sozialen und leiblichen Abhängigkeiten, denen Menschen nun einmal unterworfen sind, [...]»²³

«Gedacht sind die Bürgerrechte vor allem für das besitzende *Individuum*, das ungehindert seinen wirtschaftlichen Interessen nachgehen will» (und sei es, daß dieses Individuum nur seine Arbeitskraft besitzt).²⁴ Damit ist das (Menschen)Recht nicht nur 'blind' gegenüber den bestehenden Herrschaftsverhältnissen: Die Individuen in den imperialistischen Metropolen *sind* unabhängig von ihrer Klassen- und Geschlechtszugehörigkeit gleichberech-

nerer Sicherheit'».

16 Vgl. dazu: «Je deutlicher wird, zum Beispiel bei den großen Friedensdemonstrationen in Bonn, daß sich keineswegs 'jede' und 'jeder' als potentieller Verfassungsfeind fühlen muß und die überwiegende Mehrheit der DemonstrantInnen sich auch nicht so fühlt, desto eindringlicher versuchen weite Teile der Linken genau dieses theoretisch 'alle' bedrohende Moment der staatlichen Repression herauszukehren. [...] Die Kritik fixiert sich auf die Technik des Polizeiparates und lenkt damit von den politischen Interessen, die ihn leiten, und vor allem von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der die Polizei ordnend, befriedend und einschüchternd tätig werden soll, ab. Der Staat erscheint so als weitgehend unberechenbarer Moloch - die Unterschiede zwischen der tatsächlichen Anwendung von Staatsgewalt und ihrem theoretisch möglichen Einsatz verschwimmen.» (Oliver Tolmein, *Stammheim vergessen*, Konkret Literatur Verlag: HH, 1992, S. 69).

17 Dort heißt es: «Diese medial hergestellte Bedrohung schafft dann das öffentliche Klima, in dem Gesetzesverschärfungen gegen alle Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten gefordert werden können.»

18 Dies enthebt den Tagesspiegel freilich nicht vom Vorwurf des Rassismus. Denn als liberale Zeitung verteidigt der Tagesspiegel selbstverständlich die jedem bürgerlichen Nationalstaat inhärente (wenn auch u.U. flexibel gehandhabte) rechtliche Unterscheidung zwischen In- und Ausländern.

19 Bereits am 17.02. (S. 1 K) gerierte sich der Tagesspiegel als Image-Berater der PKK und versuchte 'gewaltfreie Kurden' gegen militanten Widerstand auszuspielen: «Die *nicht gewaltbereite Mehrheit* der Kurden ist abermals durch Öcalan selbst in eine mißliche Lage geraten. Nachdem dieser zur Wiederaufnahme des Kampfes aufgerufen hatte, finden *im Namen* der Kurden quer durch Europa Geiselnahmen, Überfälle und Brandstiftungen statt, werden sämtliche Kurden mit der PKK gleichgesetzt. Just mit solchen Aktionen hatte Öcalan schon früher alle seine fragwürdigen Versuche, eine historische Parallele zwischen PKK und PLO zu ziehen, gründlich diskreditiert.»

20 Vgl. dazu am Beispiel des Kollektivs der Gefangenen aus der RAF: «die letzte runde im zeitgeschehen ist, daß bestimmte gefangene 'der gewalt abschwören'. [...] parallel läuft die politische Isolierung der 'unverbesserlichen', deren vernichtungshaftbedingungen damit ein weiteres mal als 'selbstgewollt' legitimiert und verschärft werden. [...] für die feministische bewegung muß das bedeuten, daß sie die gefangenen, die diesen ausverkauf nicht mitmachen, unterstützt.» Denn «zwischen dem feminisimus und bewegungen, gruppen, organisationen, die mit antimperialistischem anspruch gegen die 'herrschenden verhältnisse' vorgehen», «besteht ein kritisch-solidarisches verhältnis». «solidarisch sind feministinnen mit ihnen überall dort, wo ihr kampff, ihre kampffziele mit feministischen übereinstimmen.» (*Eine feministische Kritik*, in: *interim*, Nr. 229, 25.02.1993, S. 24, 23).

20a Selbst der *Focus* (8/1999) schreibt: «Jetzt hat die Türkei die Chance: Sie könnte ihr internationales Ansehen durch einen fairen Prozeß für den PKK-Terroristen aufpolieren und durch politische Maßnahmen im unterentwickelten Südosten der PKK den Nährboden entziehen.»

21 Vgl. (wenn auch etwas unpräzise, denn der Liberalismus verzichtet durchaus nicht auf den ideologischen Kampf gegen den Kommunismus): «Wir sind für einen aktiven ideologischen Kampf. [...] Jeder Kommunist und jeder Revolutionär muß zu dieser Waffe greifen. Der Liberalismus aber verzichtet auf den ideologischen Kampf und tritt für einen prinzipienlosen Frieden ein; [...]» (MAW, Bd. II, S. 27 - Gegen den Liberalismus). 'Prinzipienloser Frieden' heißt: Der Liberalismus praktiziert *in Taten* einen Frieden mit den imperialistischen Zuständen, die *er in Worten* teilweise kritisiert (zumindest benennt) (vgl. dazu schon FN 9).

22 Stefanie Gräfe, *Fundamentalistische Fiktionen*. Menschenrechtsideal und patriarchale Wirklichkeit, in: *ak. analyse & kritik*, Nr. 422, 21.01.1999, S. 3.

23 ebd. Diese «Illusion der ursprünglichen Autonomie» der Individuen ist im Rahmen der liberalen Konzeption des Gesellschaftsvertrages auch der Grund für die Unterwerfung der Individuen unter das staatliche Gewaltmonopol. Weil die Individuen den «Gesellschaftsvertrag» *freiwillig* (als autonome Subjekte) schließen, müssen sie sich auch seinem Produkt, dem *staatlichen Gewaltmonopol*, unterwerfen: «Die verbreitete Annahme, daß das 'Subjekt vor dem Gesetz' eine ontologische Integrität - d.h. Autonomie - «besitze, kann als zeitgenössische Spur der Hypothese vom 'Naturzustand' - d.h. eines Zustandes, in dem die Individuen noch nicht dem staatlichen Gewaltmonopol unterworfen waren - «verstanden werden - jener fundierenden/fundamentalistischen Legende, die für die Rechtsstrukturen des klassischen Liberalismus konstitutiv war. Die performative Beschwörung eines ungeschichtlichen 'vor' wird zur Begründungsprämisse, die eine vorgeschichtliche Ontologie der Personen si-

chert, die ihrerseits die Legitimität des Gesellschaftsvertrages begründen, indem sie frei einwilligen, regiert zu werden.» (Judith Butler, *Das Unbehagen der Geschlechter*, Suhrkamp: FfM, 1991, S. 18). Louis Althusser (*Schriften*, Bd. 2, Argument: [West]berlin, 1987, S. 82) schreibt über diese «Synthese von Untertan und Souverän im Staatsbürger»: «Die Staatsbürger besitzen in der Demokratie das einzigartige Privileg, durch die Gesetzgebung selbst wissenschaftlich und willentlich die Ordnung zu produzieren, die sie regiert.» - Mit diesem Gedanken versucht der TSP im übrigen das «ältere martialische Vokabular» von Schily liberal zu re-interpretieren: «nicht irgendeine Härte, sondern die des Gesetzes ist gefordert. Das ist jene Übereinkunft, die uns alle bindet, unterschiedslos, und die, alles in allem genommen, unsere Freiheit gewährleistet.» (TSP, 21.02., S. 1 K - Hervorh. d. Verf.In).

24 Gräfe, a.a.O. Die Autorin weist zurecht darauf hin, daß dies *insofern* «keine sonderlich neue linke Kritik am bürgerlichen Rechtsideal» ist (Vgl. dazu weiter unten in und bei FN 28). Umso erstaunlicher sei, «daß sie im Rahmen der gegenwärtigen feierlichen Betroffenheit über die 'mangelnde Verwirklichung' der UN-Menschenrechtserklärung vom Dez. 1948] so selten erinnert wird».

25 Im Unterschied zu feudalen Ständen unterscheiden «[...] die Klassen sich von einander nicht durch juristische Privilegien, sondern durch die tatsächlichen Bedingungen [...] die Klassen [setzen folglich] juristische Gleichheit voraus» (☛ 2, 471 - Perlen volkstümlicher Projektmacherei; Hervorh. i.O.). «Bis heute geht die gesetzliche Gleichstellung von Männern und Frauen problemlos mit der geschlechtsdifferenzierenden Aufteilung des Arbeitsmarktes und der Zuweisung von Frauen in die Reproduktionssphäre zusammen.» (Gräfe, a.a.O.). Das, was Etienne Balibar (*Über die Diktatur des Proletariats*, VSA: Hamburg/[West]berlin, 1977, 43 f., 45 f.) über den Klassenkampf sagt, gilt also entsprechend auch für den Geschlechterkampf: «In der Praxis 'ignoriert' das Recht die Klassen, d.h. es sichert den Fortbestand der Klassenverhältnisse, indem es die Regeln, die sich an die 'freien' und 'gleichen' Individuen richten, kodifiziert und ihnen Respekt verschafft. [...] Man muß also wählen: entweder das System der Vorstellungen der bürgerlichen juristischen Ideologie, das die Analyse des Staates in den Begriffen des Klassenkampf ausschließt, jedoch *ausschließt*, um den Klassenkampf vom Standpunkt der Bourgeoisie [...] zu führen; oder aber den proletarischen Standpunkt, der diese Mystifikation angreift, um gegen die Herrschaft der Bourgeoisie zu kämpfen.» (Hervorh. i.O.).

26 Vgl. dazu: «Die *allgemeine* Rechtssubjektivität, die [...] sich in der *Rechtebene* als *Abwesenheit* von *rechtlichen* Besonderheiten [...] artikuliert, muß sich durch 'Gegensteuerung' gegen die Entfaltung von 'Besonderheiten' unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft insbesondere gegen den Versuch der direkten Darstellung von Arbeitskraft als solcher (= Besonderheit), statt als Ware (= Allgemeinheit), [...] reproduzieren [...]» (Karl-Heinz Ladeur, *Rechtssubjekt und Rechtsstruktur*, Gießen, 1978, S. 70 - Hervorh. i.O.).

26a Vgl. dazu: «1. Entgegen den Befürchtungen der einen und den Hoffnungen der anderen besteht zwischen (bürgerlicher) Freiheit und (rechtlicher) Gleichheit kein Widerspruch, Spannungsverhältnis o.ä. Vielmehr befinden sich beide Rechtsforderungen bzw. -normen insofern im Einklang, als die Gleichberechtigung der BürgerInnen gleichzeitig die Freiheit von feudaler Herrschaft bedeutet. 2. Damit ist gleichzeitig das demokratische Optimum bezeichnet, was sich *auf rechtlichem Wege* an Gleichheit durchsetzen läßt. Jedes Mehr an realer, materieller o.ä. Gleichheit ist keine Frage der Rechtsinterpretation, sondern eine Frage des politischen Prozesses - wobei sich dann die Frage nach konkreten Maßnahmen (z.B. Enteignungen) stellt, die gerade nicht gleich, sondern ungleich behandeln. Dieses Problem dagegen als juristisches darzustellen, bedeutet [...] nicht ein Mehr, sondern ein weniger [an] Demokratie» - nämlich einen Kompetenzgewinn der Justiz - «und insofern auch ein weniger an 'realer Gleichheit'» (Detlef Schulze, *Freiheit und Gleichheit*, Hausarbeit FU Berlin 1993, S. 42 - Hervorh. i.O.).

27 Vgl. dazu zur Debatte zwischen Eugen Paschukanis (pro) und Stalins Generalstaatsanwalt Wyschinski (contra) über das Absterben des Rechts im Sozialismus: Peter Schöttler, *Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des «Juristen-Sozialismus»*, in: *Demokratie und Recht* 1980, 6 f.

28 Karl Marx / Friedrich Engels, *Gesamtausgabe* [nicht zu verwechseln mit der kürzeren, aber weit bekannteren MEW-Ausgabe], Zweite Abteilung, Band 2, Dietz: Berlin/DDR, 1980, 56 f., 60 f. - Rechtschreibung modernisiert; alle Hervorhebungen mit Ausnahme von «ursprünglich» d. Verf.In. Vgl. dazu auch MEW 23, 189, 190 f.: «Die Sphäre der Zirkulation oder des Warentauschs [...] war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. [...] Beim Scheiden von dieser Sphäre der Zirkulation, [...], verwandelt sich, so scheint es, schon in etwas die Physiognomie unsrer dramatis personae. Der ehemalige Geldbesitzer schrei-

figt.²⁵

Das (Menschen)Recht ist *darüber hinaus* auch - zumindest tendenziell - *unverträglich* mit Maßnahmen, die auf einer anderen Logik als der der juristischen Gleichheit beruhen:

Denn - wie bei FN 23 ausgeführt -: Die (insofern notwendig bürgerliche) *Rechtsgleichheit abstrahiert* gerade von den *realen Ungleichheiten* und *Abhängigkeiten*. Sollen diese Ungleichheiten und *Abhängigkeiten* beseitigt werden, so ist gerade eine *Ungleichbehandlung* (Sturz der Macht der Herrschenden) erforderlich. Soll diese *Ungleichbehandlung* in juristischen statt revolutionären Formen erfolgen, so müßte *ungleiches Recht* geschaffen werden - ein *Widerspruch in sich*: Das menschenrechtliche Prinzip der *abstrakten Gleichheit* müßte gestürzt werden zu Gunsten der *Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten*.²⁶

Dies ist selbstverständlich prinzipiell '*denkbar*'; und im Rahmen der *Grenzen* des Sozialstaates findet dies auch bereits statt. Die Individuen sind nicht mehr nur mit dem gleichen Wahlrecht ausgestattet und dem gleichen Straf- und Zivilrecht, sondern auch einer *Vielzahl differenzierender* Regelungen unterworfen.

Es handelt sich hierbei aber *nicht* um eine *Verwirklichung* des Prinzips juristischer (Freiheit und) Gleichheit, sondern um Maßnahmen, die einer *anderen* Logik folgen, die der ersteren zumindest tendenziell widerspricht (weil *ungleich* behandelt).^{26a}

Hinzukommt noch, daß es fraglich ist, ob eine solche staatlich-juristische Einfriedung der Revolution wünschenswert ist.²⁷

Selbst angenommen, eine solche Strategie könnte zu einem 'Nullpunkt' der Herrschaftslosigkeit führen, und von da an könnten Freiheit und Gleichheit endlich vollständig und unverfälscht verwirklicht werden, bliebe noch folgender Einwand von Marx: Die in der Freiheit implizierte Vertragsfreiheit und das darin wiederum implizierte Recht auf freien und gleichen Warentausch führt notwendigerweise zu '*ungleichen*' gesellschaftlichen Verhältnissen (s. nebenstehenden Kasten *Marx über Freiheit und Gleichheit*).

Daher kann es für RevolutionärInnen *nicht vorrangig* darum gehen, den Tagesspiegel an seine liberalen Prinzipien zu erinnern.²⁹

Denn für RevolutionärInnen geht es nicht darum, das Menschenrechtssystem 'endlich beim Wort zu nehmen',



Marx über Freiheit und Gleichheit

«Aus dem Akt des Austauschs selbst kehrt jedes Subjekt als Endzweck des ganzen Prozesses in sich selbst zurück; [...]. *Damit ist also die vollständige Freiheit des Subjekts realisiert. Freiwillige Transaktion; Gewalt von keiner Seite*; [...]. Wenn so die Zirkulation nach allen Seiten eine Verwirklichung der individuellen Freiheit ist, so bildet ihr Prozeß als solcher betrachtet [...] die völlige Realisation der gesellschaftlichen Gleichheit. [...] *Die Gleichheit dessen, was jeder gibt und nimmt, ist hier ausdrückliches Moment des Prozesses selbst*. [...] Der in der Zirkulation entwickelte Tauschwertprozeß respektiert daher nicht nur die Freiheit und Gleichheit, sondern sie sind seine Produkte; er ist ihre reale Basis. [...].

Es ergibt sich daher der Irrtum jener Sozialisten, namentlich der französischen, *die den Sozialismus als Realisation* der von der französischen Revolution nicht entdeckten, sondern historisch in Umlauf geworfenen *bürgerlichen Ideen nachweisen wollen* und sich mit der Demonstration abmühen, daß der Tauschwert *ursprünglich* (in der Zeit) oder seinem Begriff nach (in seiner adäquaten Form) ein System der Freiheit und Gleichheit aller, aber verfälscht worden sei durch Geld, Kapital etc. Oder auch, daß die Geschichte bisher noch verfehlte Versuche gemacht habe, sie in der ihrer Wahrheit entsprechenden Form durchzuführen [...].

Das Tauschwertsystem und mehr das Geldsystem sind in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit. Die Widersprüche aber, die bei tieferer Entwicklung erscheinen, sind immanente Widersprüche, Verwicklungen dieses Eigentums, Freiheit und Gleichheit selbst; die gelegentlich ins Gegenteil umschlagen. Es ist ein ebenso frommer wie alberner Wunsch, daß z.B. der Tauschwert aus der Form von Ware und Geld sich nicht zu der Form des Kapitals oder die Tauschwert produzierende Arbeit sich nicht zur Lohnarbeit fortentwickeln soll. [...] Im Gegensatz zu der klassischen Ökonomie der Steuart, Smith, Ricardo, die die Kraft besitzen, die Produktionsverhältnisse in ihrer reinen Form rücksichtslos darzustellen, wird diese ohnmächtig gespreizte Blaufärberei als Fortschritt behauptet.»²⁸



sondern darum, es umzustürzen. Dies heißt schließlich, daß RevolutionärInnen den Export des libe-

ralen Menschenrechts in den Trikont *zumindest nicht als eigene* Forderung propagieren können. Denn der Menschenrechts-Export zu *einem* Zeitpunkt ist nur die Ergänzung (das Komplement) zum Diktatur-Export zu einem *anderen* Zeitpunkt:

«Wie internationales Recht ein ideologisches Konstrukt ist, hinter dem ein Gewaltverhältnis verschwinden soll, zeigt sich an der heuchlerischen Ausschlichtung des Ermittlungsverfahrens gegen den Ex-Diktator Chiles, Pinochet. Nachdem Pinochet seine Aufgabe erfüllt hat, die sozialistische Bewegung in Chile mit offener Aufstandsbekämpfung zu unterdrücken, *lassen seine früheren Protegés* aus Westeuropa *ihn jetzt fallen*. Er nützt ihnen *jetzt* mehr bei ihrem Interesse, gegenüber der

Reaktionär oder liberal? - Tagesspiegel-Bericht vom 19.03.1999 über die Kundgebung

«Das Tauschwertsystem und mehr das Geldsystem sind in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit.»

Karl Marx

Ordnungsmacht USA als europäische Union mit einem internationalen Strafgerichtshof auftrumpfen zu wollen. In der 'Süddeutschen Zeitung' endet der Leitartikel 'Öcalan und der Rechtsstaat' vom 25. November mit folgender demagogischen Wendung, die anzeigt, daß *Völkerrecht* eben auch gegen *Volksführer* genutzt werden kann: 'Genau deshalb ist ja auch der Plan so wichtig, für alle diese Fälle, für die Pinochets und Öcalans [!] und Karadzics dieser Welt ein Welttribunal zu etablieren, mit eigener Strafprozeßordnung für die internationale Gemeinschaft. [...]'.^{29a}

Liberales Pseudo-Kritik am Tagesspiegel oder revolutionärer Kampf gegen den Imperialismus?

Den Tagesspiegel *nur* wegen des vermeintlichen *Verrats* seiner liberalen Prinzipien zu kritisieren, würde bedeuten, zumindest auf halbem Weg zu sein, *selbst* nur noch liberale Positionen zu vertreten und damit militantem Widerstand die Legitimation zu entziehen. Dies würde im vorliegenden Fall bedeuten, dem Widerstand der KurdInnen, die sich in der Tat *nicht* an das staatliche

Den Liberalismus wirklich bekämpfen?

Ich fand es von Anfang an richtig (und ich finde es weiterhin richtig), die Kundgebung «Gegen rassistische Hetze in den Medien» nicht vor der Springer-Presse - von der eh jedeR weiß, wie sie 'berichtet' - zu veranstalten, sondern vielmehr seriöse VertreterInnen der gesellschaftlichen Mitte anzugreifen.

Meine Kritik setzte zunächst da an, wo ich den Eindruck hatte, daß der Tagesspiegel in dem Aufruf für Positionen kritisiert wird, die er *nicht* vertreten hat, und daß dadurch die *notwendige Kritik* an den Positionen, die der TSP tatsächlich vertreten hat, *versäumt* wird. Dies stellte für mich zunächst nicht die Richtigkeit, die Kundgebung *vor dem Tagesspiegel* durchzuführen, in Frage. Unter anderem in diesem Sinne sollte die Parole «Den Liberalismus bekämpfen!» verstanden werden.

Allerdings hatte ich selbst die Berichterstattung des Tagesspiegel nicht kontinuierlich verfolgt und mich zunächst nur intensiver mit den Artikeln beschäftigt, die im Kundgebungsauftrag kritisiert wurden. - Eine etwas dürftige Informationsgrundlage und keinesfalls meinen eigenen Ansprüchen an die Fundiertheit der Bestimmung der politischen Taktik gerecht werdend.

Mein Eindruck auf Grundlage dieser unzureichenden Recherche war: Der TSP hat zwar seine *liberalen Grundsätze nicht verraten*; aber er hat sehr *defensiv* argumentiert und den Liberalismus eher nach seiner *repressiven Seite akzentuiert*. Auf dieser Grundlage erschien es mir - auch unter taktischen Gesichtspunkten - nicht nur sinnvoll, den Liberalismus des TSP ideologisch-theoretisch anzugreifen, sondern dort auch die Kundgebung durchzuführen.

Mittlerweile hat mich eine etwas gründlichere Lektüre des TSP veranlaßt, diese Auffassung teilweise zu revidieren: Der TSP hat - anders als ein Großteil der Fernsehberichterstattung, die ich (allerdings auch

nur sporadisch) beobachtet habe - kontinuierlich Distanz zur bundesdeutschen und Berliner Regierungspraxis gewahrt und den Schily-Kanther-Kurs teilweise bissig kritisiert (s. den Kasten «Das schöne Gesicht des Liberalismus»). Dies macht zwar nicht die strategische Parole «Den Liberalismus bekämpfen!» falsch. Denn dies würde die widersprüchliche *Einheit* der 'guten' und der 'schlechten' Seite des Liberalismus übersehen.

Sehr wohl erscheint es mir in Anbetracht der Spezifität der Position des TSP aber inzwischen als taktisch fragwürdig, daß wir unseren *Haupt'schlag* gegen den Tagesspiegel geführt und reaktionärere Berichterstattung (was nicht nur Springer-Boulevardpresse war) weitgehend unbehelligt gelassen haben. Das Mindeste wäre gewesen, *auch* Kundgebungen vor Medien abzuhalten, die den Regierungskurs von Schily & Co. vorbehalt unterstützt haben. Und vielleicht wäre es sogar einen Versuch Wert gewesen, zu probieren, eine Veranstaltung zur Kritik der *mainstream*-Berichterstattung zu organisieren und dazu auch den TSP einzuladen und *dort* die Kritik an seiner liberalen Alternative zur *mainstream*-Berichterstattung zu führen. (Aber dies ist auch mir erst *nach* der Kundgebung eingefallen).

Ein solches partielles 'Bündnis' mit dem liberalen TSP wäre keine Rücknahme der Kritik am Liberalismus, sondern sollte diesen «stützen [...], wie der Strick den Gehängten» (☛ 31, 75). Dies würde bedeuten, anzuerkennen, worin sich der bürgerlich-liberale TSP von bürgerlich-reaktionären Zeitungen unterscheidet, und uns gleichzeitig ein Podium für tatsächlich revolutionäre Kritik am TSP erobern. «Und wenn man mir entgegen sollte, das sei eine zu 'schlaue' oder zu komplizierte Taktik, die Massen würden sie nicht verstehen [...], so werde ich diesen 'linken' Opponenten antworten: Wälzt euren Doktrinarismus nicht auf die Massen ab!» (ebd.).

Den Liberalismus angemessener bekämpfen!

Gewaltmonopol gehalten haben, die Berechtigung abzuspochen.

Eine liberale Kritik der staatlichen Repression muß sich *gegen* die Politik wenden, auf die die staatliche Repression reagiert.³⁰

Wie FrauenLesben in anderem Zusammenhang formuliert haben: «jede gesellschaftliche Auseinandersetzung soll so auf die sogenannte 'demokratisch-rechtsstaatliche' Ebene fixiert werden. [...] das [ist] nicht nur unpolitisch und entpolitisiert, sondern sexistisch und rassistisch, Ausdruck der Privilegien weißer Männer (und sich daran orientierender weißer Frauen).»³¹

Für bundesdeutsche RevolutionärInnen kann es *nicht vorrangig* darum gehen, den Tagesspiegel zur Beachtung des liberalen Wertekanons zu ermahnen (und es kann auch nicht darum gehen, bundesdeutscher Transmissionsriemen der PKK ins bürgerliche Bündnispektrum zu werden³²). Es geht vielmehr *vor allem* darum, die militärische, ökonomische, politische und ideologische Unterstützung des türkischen Kolonialismus in Kurdistan durch die BRD (einschließlich der Ratschläge des Tagesspiegel zur liberalen *counterinsurgency*) zu sabotieren.³³

Nationale Befreiung oder feministisch-kommunistische Revolution?

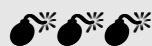
Es geht darum, im Rahmen einer revolutionären Strategie handlungsfähig zu werden. Dafür ist es zwar einerseits keinesfalls geboten, die politischen Positionen der PKK³⁴ zu übernehmen.

RevolutionärInnen haben zwar den türkischen Kolonialismus und dessen Unterstützung durch die BRD anzugreifen, bis hin zur Verteidigung des *Rechts* der KurdInnen auf Lostrennung von Türkei. Dies ist aber

«Vom Gesichtspunkt der nationalen Beziehungen bietet der Nationalstaat zweifelsohne die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus.»

☛ 20, 399

«in der *Hauptsache* eine *negative* Aufgabe»³⁵, die in der Kritik von Kolonialismus und Imperialismus besteht. Eine positive Stellungnahme zur kurdischen (oder irgendeiner anderen, insbesondere deutschen) Nation kann aber nicht die Aufgabe der RevolutionärInnen sein: Denn «der Nationalstaat [ist] für die kapitalistische Periode das *Typische*, das Normale»³⁶.



gegen den Nationalismus

«In jeder Nation gibt es [...] eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu eine erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von 'Elementen', sondern als herrschende Kultur. Deshalb *ist* die 'nationale Kultur' schlechthin die Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie. [...] Wir] entnehmen [...] jeder nationalen Kultur *nur* ihre [...] sozialistischen Elemente; entnehmen sie *nur* und *unbedingt* als Gegengewicht zur bürgerlichen Kultur, zum bürgerlichen Nationalismus *je* der Nation.»³⁷

RevolutionärInnen dürfen nicht die «Lösung der nationalen Kultur» aufstellen, sondern müssen «im *Gegensatz* zu ihr in allen Sprachen [...] die Losung des Internationalismus [...] propagieren»³⁸.

Sie propagieren nicht die nationale Abgrenzung, sondern die gemeinsame Organisation aller RevolutionärInnen innerhalb der jeweils gegebenen (staatlichen) Gebietskörperschaften sowie die Überwindung der nationalen Unterschiede im weltrevolutionären Prozeß.³⁹ (Beides schließt nicht aus [sondern sollte vielmehr einschließen], daß sich die Angehörige spezifischer unterdrückter und ausgebeuteter Gruppen *zusätzlich* gesondert gegen eine - anderenfalls zu erwartende - Reproduktion dieser Unterdrückungsformen in der revolutionären Bewegung organisieren.)

Die *Ausübung* des Rechts auf nationale Lostrennung wird für RevolutionärInnen nur unter zwei Voraussetzungen⁴⁰ zur eigenen Losung:

1. Die RevolutionärInnen sind zu schwach (bzw. die Pseudo-RevolutionärInnen sind nicht willens), sämtliche Unterdrückung (einschließlich der nationalen) innerhalb der gegebenen Staatsgrenzen zu überwin-

net voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andre scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die - Gerberei.»



29 Dies heißt selbstverständlich *nicht*, daß es *grundsätzlich* falsch ist, Rechtsforderung zu stellen. Entscheidend sind allerdings zwei Punkte: 1. diese Rechtsforderungen aus einer *konkreten* Parteilichkeit und nicht aus dem *idealistischen* Menschenrechtssystem heraus zu begründen (Berliner GenossInnen, *Wie offen ist Hanna Cashs 'Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF'?*, in: *interim*, Nr. 150, 06.06.1991, S. 31). Und 2. dabei den Unterschied zwischen Reform und Revolution nicht gradualistisch zu verwischen. «Die Sozialisten verzichten keineswegs auf den Kampf für die Durchführung von Reformen. [...] Es ist aber ein bloßer bürgerlicher Betrug, wenn man Reformen predigt für Fragen, die die Geschichte und die ganze politische Situation nur als durch die Revolution zu lösende stempelt.» (☛ 22, 175 - Vorschläge des ZK der SDAPR). Vgl. zu letzterem auch: Frieder Otto Wolf, *Ausstieg, Umgestaltung oder Umwälzung?*, in: *Das Argument*, Vol. 146, Juli/Aug. 1984, 584 (konkrete, widerständige Forderungen statt 'realistischer' Gesamtprogramm).

29a Gruppe demontage, *Gegen die Militärdemokratie in der Türkei - Für eine Solidarität jenseits von 'Völkerrecht' und 'Volk'*, in: *interim*, Nr. 467, 14.01.1999, S. 20 - erste bis dritte sowie fünfte *kursiv*-Hervorh. und *Unterstreichungen* d. Verf.In; dritte und vierte *kursiv*-Hervorh. d. Verf.In.

30 «Folter ist kein revolutionärer Kampf begriff. Aufklärung darüber hat vielleicht eine Schutzfunktion - aber die Mobilisierung, die sie braucht, muß sich *gegen die Politik wenden*, auf die der Staat mit Folter reagiert [...], solange das Vehikel ihrer Politik der moralische Reflex derer ist, die in diesem Staat noch zu Hause sind [...], das heißt die Mobilisierung muß gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der Propaganda bewaffneter Politik vermittelt ist - [...] was immer heißt, selbst zur bewaffneten Aktion zu kommen.» (Andreas Baader, *Erklärung* [1975], in: *BRD - RAF*, GNN-Verlag: Köln, 1988*, S. 59; Hervorh. d. Verf.In).

31 *Eine feministische Kritik*, in: *interim*, Nr. 229, 25.02.1993, S. 27.

32 Vgl. dazu: «In einem ähnlichen Muster wie in den 70/80er Jahren bei den Anti-Imps mit ihrem Dominanzanspruch auf Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF gibt es drei Leitdogmen: 1. Das Monopol in Türkisch-Kurdistan hat die PKK. 2. Es ist Krieg/Repression: Wer die Dominanz der PKK-freundlichen Solidarität infrage stellt und dabei Kritik von links übt, ent-solidarisiert sich und nützt der Türkei/NATO. 3. Kritik von rechts an Militanz und Aktionsformen der PKK ist aus Bündnisgründen erlaubt, [...]. Es ist kein Zufall, daß Teile der Anti-Imps sich nach dem Ende der RAF politisch auf die PKK umorientiert haben. Das Monopol PKK-freundlicher Kurdistan-Solidarität plus bürgerlichem Bündnispektrum [...] erschwert eine anti-nationale oder sozialrevolutionäre Solidarität mit den sozialen Kämpfen und gegen den NATO-Krieg in Türkisch-Kurdistan.» (Gruppe demontage, *Gegen die Militärdemokratie in der Türkei - Für eine Solidarität jenseits von 'Völkerrecht' und 'Volk'*, in: *interim*, Nr. 467, 14.01.1999, S. 25).

33 «Die Sabotage der deutschen Kriegsunterstützung ist auf jeden Fall richtig, auch wenn die Zoras (wir ebenfalls) viele berechtigte Zweifel daran haben, was die PKK irgendwann einmal an tatsächlicher Befreiung (besonders der Frauen) in einem unabhängigen kurdischen Staat zulassen würde.» (Frauen [aus der radikal?], *Frauen in Kurdistan - Rote Zora*, in: *radikal*, Nr. 154, Juni 1996, S. 44; Hervorh. d. Verf.In. Der Text trägt den Untertitel «ein Betrag von Frauen». Auf S. 46 heißt es: «Wenn ihr Infomaterial dazu besitzt, schickt es uns an unsere Postadresse.» Da der Text keine Adresse nennt, steht zu vermuten, daß mit «unsere[r] Postadresse» die Adresse der radikal gemeint ist, es sich also um Frauen aus der radikal handelt.)

34 Vgl. bspw.: «Ein Verständnis der Menschheit, das sich nicht auf Patriotismus stützt, ist Kosmopolitismus. Es ist ohne Resultat und Hoffnung. Das bedeutet, mit den Menschen auf eine gefährliche Art zu spielen.» (Öcalan, in: *Kurdistan-Report*, März 1994 zit. n. Gruppe demontage, *Postfordistische Guerilla? Vom Mythos nationaler Befreiung*, in: 17° C, Nr. 14, Mai/Juni/Juli 1997, S. 67). Vgl. krit. zur Politik der PKK ebenfalls: Rote Zora, *Ihr habt die Macht, uns gehört die Nacht*, in: *radikal*, Nr. 153, Teil 1, Nov. 1995, S. 53 f.

35 Vgl. dazu: «Der Grundsatz der Nationalität ist in der bürgerlichen Gesellschaft unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die *geschichtliche* Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu

den. (Diese Voraussetzung ist in der Türkei/Kurdistan zweifelsohne gegeben).

2. Gleichzeitig hat sich innerhalb der national unterdrückten Gebiete eine starke nationalistische (und das heißt immer: bürgerliche) Bewegung herausgebildet, die gute Erfolgsaussichten hat, zumindest diese Unterdrückung zu beseitigen. (Dies - aber auch nicht mehr - ist in Form der PKK in türkisch Kurdistan ebenfalls gegeben.)

Aber auch in diesem Fall dürfen sich die RevolutionärInnen weder organisatorisch noch politisch den (bürgerlichen) NationalistInnen unterordnen, sondern müssen den Kampf für ihre weitergehenden Ziele fortsetzen.

Andererseits dürfen die - sich aus dieser Position ergebenden - Differenzen zur Politik der PKK aber auch nicht zum Alibi für Nicht-Verhalten werden:

«Wichtig ist, die Unterschiede wahrzunehmen [...], aber genauso wichtig ist es, aus den die HERRschaft stärkenden Abgrenzungen auszubrechen und ein kämpferisches Miteinander zu entwickeln, das die Durchsetzung alter und neuer patriarchaler Macht und kapitalistischer Verwertungsziele behindert, wo immer wir es schaffen. Unsere Hoffnung auf Frauenbefreiung und unsere Vorstellung von Kommunismus [...] kann als Tendenz nur dann sicht- und lebbar werden, wenn wir unsere von einander abgegrenzten und gegeneinander ausspielbaren [...U]nterdrückungen und unsere unterschiedlichen Strategien dagegen in eine Kraft vernetzter Widerstandsstrukturen umwandeln.»⁴¹

einer Apologie des Nationalismus werde, muß sie sich strengstens auf das beschränken, was an diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit sie nicht zur Vernebelung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die bürgerliche Ideologie führe. Fortschrittlich ist das Erwachen der Massen aus dem feudalen Schlaf, ihr Kampf gegen Unterdrückung, für die Souveränität des Volkes, für die Souveränität der Nation [statt des Monarchen, d. Verf.In]. Daher die *unbedingte* Pflicht des Marxisten, auf allen Teilgebieten der nationalen Frage den entschiedensten und konsequentesten *Demokratismus* zu verfechten. Das ist in der *Hauptsache eine negative Aufgabe*. Weiter darf das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn dann beginnt die 'positive' (bejahende) Tätigkeit der nach *Stärkung* des Nationalismus strebenden *Bourgeoisie*. Jedes feudale Joch, jede nationale Unterdrückung, jedwede Privilegien einer der Nationen oder Sprachen abzuschütteln, ist die unbedingte Pflicht des Proletariats als einer demokratischen Kraft, ist das unbedingte Interesse des proletarischen Klassenkampfes, der durch den nationalen Hader verdunkelt und gehemmt wird. Aber den bürgerlichen Nationalismus über diese streng gezogenen, durch einen bestimmten historischen Rahmen gegebenen Grenzen hinaus zu fördern, heißt das Proletariat verraten und sich auf die Seite der Bourgeoisie schlagen.» (● 20, 19 f. - Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage; Hervorh. teils i.O., teils d. Verf.In). Was Lenin hier zum Verhältnis des Klassenkampfes zur Nation sagt, gilt entsprechend auch für die Austragung anderer gesellschaftlicher Widersprüche, insbesondere des Geschlechterkampfes.

36 ● 20, 399 - Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Der Begriff der «Selbstbestimmung» ist dabei nicht in einem besonders emphatischen Sinn, sondern im nüchtern-juristischen Sinne zu verstehen: «Unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre staatliche Losrennung von fremden Nationalgemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaates zu verstehen.» (ebd., s. a. S. 402 unten). Die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung ist damit in ihrer Reichweite also ähnlich begrenzt, wie die Forderung nach Parlamentssouveränität statt Feudalismus (vgl. ebd., 401). Sie hat übergangsweise ihre Berechtigung, aber sprengt nicht die bürgerlichen Produktionsverhältnisse: «Vom Gesichtspunkt der nationalen Beziehungen bietet der Nationalstaat zweifelsohne die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß ein solcher Staat auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse die Ausbeutung und Unterdrückung der Nationen ausschließen könnte.» (ebd. 402).

37 ● 20, 9 - Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage; Hervorh. i.O.

38 Ebd.; Hervorh. i.O.

39 «Die großrussischen und ukrainischen Arbeiter müssen gemeinsam und, solange sie in einem Staat leben, in enger organisatorischer Einheit und Verschmolzenheit



für die allgemeine oder internationale Kultur der proletarischen Bewegung eintreten und in der Frage, in welcher Sprache sie propagiert wird und was für rein örtliche oder rein nationale *Besonderheiten* berücksichtigt werden, absolute Toleranz üben. [...] Jede Propagierung der Trennung der Arbeiter einer Nation von einer anderen, alle Ausfälle gegen marxistisches 'Assimilantentum' [...] ist *bürgerlicher* Nationalismus, gegen den ein unbedingter Kampf geführt werden muß. [...] Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag dieser noch so 'gerecht', 'sauber', verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit, die vor unseren Augen wächst mit jedem Eisenbahnkilometer, mit jedem internationalen Trust, mit jedem (in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit sowie in seinen Ideen und seinen Bestrebungen internationalen) Arbeiterverband.» (ebd., 18, 19 - Hervorh. i.O.).

40 «Wäre der Kapitalismus in England so rasch gestürzt worden, wie Marx anfänglich erwartete, so wäre in Irland für eine bürgerlich-demokratische, gesamt-nationale Bewegung kein Raum gewesen. Nachdem sie aber einmal entstanden ist, gibt Marx den englischen Arbeitern den Rat, sie zu unterstützen, [...]» (● 20, 446 - Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen). «Die englische Working Class wird *nie was ausrichten*, before it has got rid of Ireland.» (MEW 32, 415 - Hervorh. i.O.).

41 Rote Zora, *Ihr habt die Macht, uns gehört die Nacht*, in: *radikal*, Nr. 153, Teil 1, Nov. 1995, S. 54.



Erläuterungen:

B (nach Seitenzahl) = Bericht des Tagesspiegel

K (nach Seitenzahl) = Kommentar des Tagesspiegel

dramatis personae (in FN 28) = Personen, die in einem Drama auftreten

● = ? Na, ratet mal... - Lenin, Werke, Dietz-Verlag: Berlin/DDR (zit. n. Band und Seitenzahl). - Hättet Ihr nicht gedacht bei den Zitaten, oder?

Solidarität heißt Widerstand!

Das staatliche Gewaltmonopol und den Legalismus angreifen!

Denn Revolution wird immer ein Verbrechen sein!

Den Liberalismus bekämpfen!

Hoch die internationale, feministisch-kommunistische Revolution!